Heute, 3. Juni, alles heraus zur Massendemonstration für die Antifaschistische Aktion!

Hauptstellplatz: Wilhelmplatz, 17.30 Uhr. Abmarsch 18 Uhr. Die Stadtteile stellen sich vorher auf ihren Stellplätzen

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. Sektion der Kommunistischen Internationale. Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen. Beilagen: Der rote Stern. Rund um den Erdball. Proletarisches Feuilleton. Das Bild der Woche

8. Jahrgang | Dresden, Freitag den 3. Juni 1932 | Nummer 128

Die Forderung der Arbeiterschaft:

Fort mit der Regierung Papen!

Der Reichstag wird aufgelöst. Faschistische Wahlkampfmethoden sollen Rechtsmehrheit bringen
Hungeretat durch neue Notverordnung. Bildet Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion

Bereitet den politischen Massenstreik vor!

Berlin, den 3. Juni 1932

Gestern abend hat sich das Papenkabinett zu seiner ersten Sitzung versammelt: sieben Hochadlige plus drei Vertretern des Industriekapitals. Die Regierung will als erste Handlung den Reichstag auflösen, um durch Neuwahl, die Ende Juni oder spätestens Anfang Juli stattfinden soll, eine Rechtsmehrheit im Reichstag zu erzielen. Nachdem das Zentrum beschlossen hat, nicht offen für die Regierung zu stimmen, bestehe diese im jetzigen Reichstag keine Mehrheit. Darum sind die Minister des Chemietrustes, der Junker und der Generalität fest entschlossen, den Reichstag aufzulösen.

Unmittelbar nach Verteidigung des Kabinetts der Generale, Junker und Trustgewaltigen hat die kommunistische Reichstagsfraktion gestern abend folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag entzieht der Reichsregierung v. Papen das Vertrauen"

Adelskabinett gegen die Werktätigen

Gestern abend hat der Reichspräsident die neue Regierung vereidigt. Sie besteht aus dem Reichskanzler von Papen, dem Reichswehrminister von Schleicher, dem Innenminister Freiherr von Gaul, dem Ernährungsminister Freiherr von Braun, dem Finanzminister Graf von Schwerin-Krosigk, dem Post- und Verkehrsminister Freiherr von Eltz-Rübenach, dem Außenminister Freiherr von Neurath und dem Wirtschaftsminister Warmbold vom J.G. Farbenkartell. Dieser Chemiegewaltige soll gleichzeitig die Geschäfte des Arbeitsministers wahrnehmen, da die Verhandlungen mit dem deutschnationalen Leipziger Bürgermeister und „Reichsentlastungs"kommissar Dr. Goerdeler noch nicht abgeschlossen sind, der für diesen Posten in Aussicht genommen ist.

Hungeretat durch Notverordnung

Die Papen-Schleicher-Regierung hat die Absicht, überhaupt nicht mehr dem Reichstag zu erscheinen. Heute vormittag findet eine Kabinettssitzung statt, die sich mit der Erledigung der finanzpolitischen und außenpolitischen Aufgaben beschäftigen wird. Es steht fest, daß die Pläne der Brüninggregierung weiter ausgebaut werden, also durch Notverordnung die nackten Maßnahmen verkündet werden. In dieser Sitzung wird die Regierung des Adelskabinetts formuliert und der Termin der Reichstagswahlen festgelegt, der wahrscheinlich der 26. Juni oder 3. Juli sein wird. Papen hat das Auflösungsdekret vom Reichspräsidenten gleichzeitig mit dem Auftrag der Regierungsbildung erhalten. Die Regierung will nun den Präsidenten ersuchen, Dekret sofort zu verkünden und den Reichstag überhaupt nicht mehr zusammenzurufen. Der Haushaltsplan für das laufende Jahr soll durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden, eine Verabschiedung im Parlament nicht in Frage kommen. Die Regierung will den Reichstag nicht zuletzt darum ausschalten, weil sie mit dem Etat für das kommende Jahr nicht vor das Parlament treten, sondern ihn durch Notverordnung verkünden will. Es wäre das erstemal, daß dies geschieht. Warum die Regierung so vorgeht, ist klar.

Der Reichshaushalt des Jahres 1931 schließt mit einem Fehlbetrag von 1690 Millionen Mark ab.

Mehr als 1½ Milliarden Defizit! Es ist vor allem durch riesige Subventionen an Bankiers und Großagrarier und durch Steuerhinterziehung der Reichen entstanden.

Wie soll dieser Fehlbetrag beseitigt werden? Die Basis heißt, daß das nicht vorhandene Geld einfach gedruckt werden, also die Inflation durchgeführt werden soll. Nun erklärt die Regierung bereits jetzt eine amtliche Mitteilung, daß sie keinerlei inflationistische Maßnahmen durchführen werde. Dann ist es klar, daß die Regierung beispielsweise Abstriche am Sozialetat machen will, Abstriche, mit denen sie sich nicht einmal vor diesem Reichstag traut und die also auf diktatorischem Wege erfolgen. Und das ist die Regierung der sogenannten National-„sozialistischen" „Arbeiter"-Partei.

Außerparlamentarischer Kampf!

Im Zusammenhang mit dem Antrag gegen die Papenregierung hat die kommunistische Reichstagsfraktion die sofortige Einberufung des Reichsrates gefordert, damit dieser zum Antrag der KPD auf Reichstagseinberufung für den morgigen Sonnabend Stellung nimmt. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat sofort auf breitester Grundlage den Massenkampf gegen das Diktaturkabinett aufgenommen.

In allen Städten und Gemeinden wird eine Flut von öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen einsetzen. In sämtlichen parlamentarischen Körperschaften werden die Kommunisten die sogenannten Oppositionsparteien stellen und unverzüglich Kampfentschließungen gegen die Papenregierung einbringen. Bis in den entferntesten Winkel Deutschlands wird der kommunistische Ruf dringen: Fort mit der Papenregierung, fort mit dem Regiment der Reichen! Schafft die Millionenfront der Antifaschistischen Aktion!

Die hinter der Papenregierung stehenden Nazis haben ihren ganzen Einfluß aufgeboten, um den bevorstehenden Wahlkampf im Zeichen der Aufhebung des SA-Verbotes und schärfster organisatorischer Angriffe gegen die proletarischen Organisationen zu führen. Mit faschistischen Gewaltmethoden die Rechtsmehrheit zu erzwingen, daß ist die Absicht der Regierungsparteien. Der Reichswehrminister Schleicher hat nach den Mitteilungen eines Berliner Abendblattes bereits erklärt, daß die jetzige Regierung keineswegs ein Uebergangskabinett sei, vielmehr vier Jahre zu regieren gedenke.

Natürlich wurde dieser Ausspruch von Regierungsseite sofort dementiert, aber mit aller Bestimmtheit erklärt, daß die Regierung Mittel und Wege finden werde, um auch dann, wenn

---

Gummiknüppelschläge statt Brot

Hungerunruhen in Freiberg

Ungeheure Erbitterung der Wohlfahrtserwerbslosen über den Unterstützungsabbau
Die Polizei wird gegen die Hungerdemonstranten eingesetzt!

Freiberg, 3. Juni (Eig. Bericht)

In Freiberg fand am 1. Juni eine sehr gut besuchte Erwerbslosenversammlung statt. Die Erbitterung der Erwerbslosen über den fortwährenden Unterstützungsabbau ist ungeheuer.

Am Donnerstag kam es bei der Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung zu größeren Ansammlungen vor dem Rathaus. Eine von den Erwerbslosen gewählte Kommission wurde beim Oberbürgermeister Hartenstein nicht vorgelassen. Die Erregung unter der Masse wurde durch den Einsatz der städtischen Polizei ungeheuer gesteigert. Ueberall ertönten Hungerrufe. Die vom Obermarkt abgeräumte Menge besetzte alle Straßen des Zentrums. Immer wieder wurden die Rufe „Hunger — Wir wollen Arbeit und Brot" laut.

Die Polizei ging in aller Schärfe gegen die Erwerbslosen vor. Einer schwangeren Frau wurde in den Leib getreten, so daß sie ohnmächtig zusammenbrach. Sie mußte im Siechkorb ins Krankenhaus gebracht werden. Eine Anzahl weiterer Personen wurde durch Gummiknüppelhiebe verletzt.

Selbst gegen Invaliden und völlig unbeteiligte Personen gingen die Beamten vor. Der Polizeibeamte Heidrich bedrohte mit blankgezogenem Säbel. Von großen Teilen der Demonstranten wurde der Polizei erheblicher Widerstand entgegengesetzt. **Ein Nazi, der auf der Straße erklärte: „Die Erwerbslosen müssen tüchtig Dresche kriegen", wurde von der Menge verprügelt.**

Neue Demonstrationen im Ruhrgebiet

Duisburg-Hamborn, 2. Juni. Im Stadtteil Marxloh kam es heute erneut zu größeren Erwerbslosendemonstrationen. Als die Polizei erschien, stellten die Demonstranten mehrere große Mülltonnen quer über die Straße. Die Polizei wurde mit Steinwürfen empfangen. Dabei gingen auch mehrere Schaufensterscheiben in Trümmer. Die Polizei räumte mit dem Gummiknüppel die Straße.

In der Arbeitersiedlung **Obermarxloh** holten sich Erwerbslose Lebensmittel aus einem Geschäft. Als die Polizei einschritt, wurde sie mit Steinen beworfen. Die Polizei schoß scharf. Ob es Verletzte gegeben hat, ist bisher noch nicht festzustellen.

Essen, 2. Juni. Hier kam es bei mehreren Lebensmittelgeschäften zu Zusammenstößen, als Erwerbslose sich Lebensmittel holten. Die Polizei ging scharf gegen die Erwerbslosen vor.

Kommunistischer Diskussionsredner aus dem Hinterhalt niedergeschlagen

Berlin, 3. Juni (Eig. Drahtbericht)

Anläßlich der Kaiserversammlung in den Vorstadtsälen kam es gestern abend in der Müllerstraße zu starken Demonstrationen der Wedinger Arbeiterschaft. Die Polizei ging gegen die Demonstranten vor. Es kam zu Zusammenstößen. Anschließend bildeten sich Demonstrationszüge in den anliegenden Straßen. Wie wir bei Redaktionsschluß erfahren, wurde unser **Genosse Erich Wollenberg**, von der Redaktion der „Roten Fahne", in der Naziversammlung — in der ihm von den Nazis feige das Wort verweigert wurde — beim Verlassen des Saales aus dem Hinterhalt von SA-Kollkommandos überfallen und niedergeschlagen.

Berlin, 3. Juni (Eig. Drahtbericht)

Gestern abend provozierten Nazis von ihrem Lokal in der Andreasstraße aus die proletarische Bevölkerung. Es sammelten sich daraufhin 500 Arbeiter auf dem Andreasplatz und führten eine Protestdemonstration durch. Das Nazilokal wurde von etwa 100 Schupos geschützt. Die Polizei ging im Verlaufe der Demonstration mit dem Gummiknüppel gegen die Bevölkerung vor. Es wurde auch geschossen. Die Demonstrationen dauerten in den Abendstunden noch an.

Flensburger Parteihaus besetzt

Flensburg, 2. Juni. Die Polizei benutzte die Erwerbslosendemonstrationen der letzten Tage, um heute die Parteiräume der KPD und ein kommunistisches Verkehrslokal zu besetzen und bis auf weiteres zu schließen. Die Besetzung der Parteiräume brachte viele hundert Arbeiter auf die Beine, die von der Polizei mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben wurden.